Durchhalten bis zum Sieg

Kriegsalltag im Raum Hannover 1914-1918

von Karl-Heinz Grotjahn

Könnten wir eine Zeitreise ins Neustadt a. Rbge. vor 100 Jahren machen, würde uns auffallen, dass sich überwiegend Kinder, Jugendliche, Frauen und ältere Männer auf den Straßen tummeln. Wir sehen kaum Angehörige der wehrpflichtigen Altersgruppe der 18- bis 45jährigen, denn sie waren weit weg in den Schützengräben und Stellungen im Westen oder im Osten Europas oder sie lagen in Lazaretten. Wir bemerken lange Reihen von Frauen vor den Bäcker- und Fleischerläden Neustadts und Frauen, die laut schimpfend die Läden verlassen. Schlangestehen war ein sichtbares Merkmal des Kriegsalltages. An den Litfasssäulen lesen wir einen Hinweis auf ein Fußballspiel am Sonntag zwischen Wacker Neustadt und dem Sportclub Victoria aus Letter; das überrascht, denn eigentlich stagnierte das Vereinsleben im Krieg mangels Teilnehmern. Andere Plakate werben dafür, die gerade aufgelegte Kriegsanleihe zu zeichnen.

Wir würden einen deutlichen Eindruck davon erhalten, wie stark der Krieg in einer Kleinstadt mit dreieinhalbtausend Einwohnern das Leben bestimmt. Das unterschied diesen Krieg von den Kriegen eine Generation Jahre zuvor, denn das gesamte Handeln der Zivilbevölkerung, Ihre Arbeit, selbst ihre geringe Freizeit, hatte sich in einem bislang nicht gekannten Ausmaß einem einzigen Ziel unterzuordnen: der Kriegsführung zu dienen. Der Sinn des Krieges durfte öffentlich nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr galt es „Durchzuhalten" bis zum Sieg.

Der erhoffte kurze Krieg

Eineinhalb Jahre zuvor, im August 1914, hat wohl kaum ein Bewohner Neustadts damit gerechnet, dass 1916 noch immer nicht Frieden wäre. Vielmehr war die deutsche Öffentlichkeit von einem kurzen Krieg überzeugt. Vorsichtige Menschen erwarteten eine Kriegsdauer von einem Jahr, die Optimisten sahen die Truppen bereits Weihnachten wieder zu hause. Außerdem glaubte man dem Kaiser und Obersten Feldherren. Denn er hatte Anfang August in Berlin den ausmarschierenden Truppen zugerufen: „Ihr werdet wieder zu Hause sein, ehe noch das Laub von den Bäumen fällt." Der Kaiser war vom Fach, er musste es schließlich wissen.

Und die zuletzt von Deutschen erfolgreich geführten Kriege, die sog. Reichseinigungskriege seit 1864, waren schließlich kurzzeitige Ereignisse. In dieser Hinsicht besonders deutlich der Krieg mit Frankreich 1870, er war im Grunde genommen bereits nach 6 Wochen entschieden. Daran erinnerten in allen größeren deutschen Städten die nach siegreichen Schlachten benannten Mars-La-Tour-Straßen und Gravelotte-Plätze, die Spichernalleen und auch die zahllosen Moltkestraßen. Der jährlich mit öffentlichem Pomp und schulfrei gefeierte 2. September erinnerte Generationen eindringlich an die Kapitulation eines großen Teils des französischen Heeres bei Sedan, als deren Folge ein ganzes Kaiserreich unterging, während ein anderes, das Deutsche, etwas später ruhmbedeckt entstand. Geringschätzung des Gegners und Überschätzung der eigenen militärischen Kraft haben hier ihre Wurzeln und förderten die Überzeugung, dass ein künftiger Krieg ebenfalls ein Spaziergang wird.

Krieg der Rohstoffe

Das Deutsche Reich war bei Kriegsbeginn Export-Weltmeister und weltgrößter Roheisenproduzent hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. Die chemische und die elektrotechnische Industrie waren Weltspitze. Wirtschaftlich hatte das Reich seinen Platz an der Sonne. Andererseits war es rohstoffarm und deshalb in hohem Maße von ergänzenden Lieferungen aus dem Ausland abhängig. Allein 30 % des benötigten Eisenerzes kam aus Schweden. Kupfer, Blei, Nickel,

Wolfram, Mangan mussten aus Übersee eingeführt werden. Ebenso Bekleidungsrohstoffe wie Hanf, Wolle, Baumwolle und Leder.

Die USA, Rußland, Frankreich und England waren bis Kriegsbeginn die wichtigsten Handelspartner des Reiches und gerade gegen diese Staaten wurde Krieg geführt. Die bei Kriegsbeginn einsetzende Blockade der deutschen Bucht durch die britische Flotte verhinderte wirksam den Kontakt zum Weltmarkt. Rohstoffreserven gab es im Reich nicht. Dennoch gelang in den folgenden Jahren eine stetige Steigerung des Ausstoßes von immer mehr Gewehren, Kanonen, und völlig neuen Waffensystemen wie Flugzeugen. Wurden vor Beginn des Krieges pro Monat 15 Kanonen hergestellt, so waren es im Dezember 1917 ca. 2000 Kanonen pro Monat.

Der kriegsbedingt erzwungene Verzicht auf den Export von zivilen industriellen Halb- und Fertigwaren und die Konzentration auf kriegswichtige Produkte sparte Rohstoffe. Die Bevölkerung sammelte emsig Altmetall, was wohl eher psychologische Effekte hatte. Dagegen war die Abnahme von Dachrinnen, Blitzableitern, Orgelpfeifen und Kirchenglocken wertvoller. Im Kreis Neustadt wurden 20 Kirchenglocken abgehängt und eingeschmolzen. Allerdings waren zum Abbau von Kupferdächern oder für den Ausbau von Kirchenglocken Fachkräfte erforderlich, von denen viele an der Front standen. Das rettete manches Dach und manche Glocke.

Neue Fertigungsverfahren kamen zum Einsatz, um die fehlenden Rohstoffimporte zu ersetzen. Mit Hilfe des Haber-Bosch-Verfahrens konnten für Sprengstoff und für Kunstdünger notwendige Bestandteile hergestellt und überhaupt jahrelang Krieg geführt werden. Da der militärische Bedarf absoluten Vorrang hatte, kam allerdings nur eine sehr geringe Menge der Stickstoffproduktion der Düngemittelherstellung zugute mit entsprechend negativen Folgen für die Landwirtschaft.

Die Gewerkschaften zogen mit, die vor dem Krieg misstrauisch als vaterlands-lose Gesellen verunglimpfte Arbeiterschaft wurde beinahe verhätschelt, die Nominallöhne der Rüstungsarbeiter verdreifachten sich im Laufe des Krieges,

die Belegschaften der Betriebe arbeiten bis zur Erschöpfung. Nicht nur das Ansehen der Industriearbeiterschaft stieg in den Kriegsjahren. Frauen, bisher eher gegängelt, gewannen an Bedeutung für den Krieg. Sie drehten Granaten, leiteten Betriebe in Abwesenheit der Ehemänner, erzogen allein die Kinder und standen Schlange nach Kartoffeln. Auch Jugendliche profitierten vom Mangel an Arbeitskräften, plötzlich waren sie älteren Arbeitskräften gleichgestellt und wehrten sich selbstbewusst gegen Bevormundung.

Nur mit großen Anstrengungen und Opfern dieser Menschen und trotz des Mangels an kriegswichtigen Rohstoffen war es möglich, jahrelang Krieg zu führen. Obwohl die deutsche Rüstungsindustrie erstaunlich gut funktionierte, konnte in einem Krieg, der immer mehr den Charakter von Materialschlachten annahm, das Deutsche Reich mit der erheblich leistungsfähigeren Wirtschaftskraft Großbritanniens und der anderen Commonwealth-Staaten und dann 1917 noch zusätzlich der enormen Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika auf lange Sicht selbstverständlich nicht mithalten.

Krieg der Lebensmittel

Schießen und Granatendrehen mit leerem Magen funktioniert nicht. Eine ausreichende Lebensmittelproduktion ist in hohem Maße kriegswichtig. Ackerbau und Viehzucht gehörten vor dem Krieg zu den Schwergewichten der deutschen Volkswirtschaft. Im Kreis Neustadt lebten mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen direkt von der Landwirtschaft, auch wer einem anderen Hauptberuf nachging, hatte oft einen kleinen Hof nebenbei. Reichsweit arbeiteten ca. ein Drittel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft, allerdings mit abnehmender Tendenz, d.h. immer weniger Menschen mussten immer mehr Menschen ernähren. Das gelang: Die deutschen Landwirte erzielten dank des Mineraldüngers Jahr für Jahr höhere Hektarerträge. Das Deutsche Reich war vor Kriegsbeginn der weltgrößte Kartoffelproduzent. Die Viehhaltung expandierte in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung durch die Verwendung von importiertem Kraftfutter wie Fischmehl aus Norwegen; die Milchleistung der deutschen Kuh verdoppelte sich in den Jahrzehnten zwischen

1880 und 1913.

Dennoch: wie bei den industriellen Rohstoffen befand sich das Reich auch bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen in hohem Maße in einer Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland. In den Friedensjahren musste ein Viertel des Verbrauchs an Getreide für den menschlichen Verzehr eingeführt werden und zwar aus Rußland als größtem Lieferanten, gefolgt von den USA, Argentinien und Rumänien. 60 Prozent des Bedarfs an Hülsenfrüchten kamen aus dem Ausland.

Futtergetreide, meistens Gerste, kam ebenfalls aus Rußland. Die Hälfte des deutschen Bedarfs an Milch- und Milcherzeugnissen und an Fetten musste importiert werden. Dass sich deshalb im Kriegsfall wegen der erwarteten Seeblockade erhebliche Versorgungslücken öffnen würden, war den verantwortlichen Politikern durchaus bekannt. Doch eine strategische Reichsgetreidereserve wurde nicht angelegt, sie war dem Finanzminister zu teuer. Außerdem hatten noch 1913 Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates versichert, dass die deutsche Landwirtschaft technisch in der Lage sei, die Selbstversorgung der deutschen Bevölkerung grundsätzlich zu gewährleisten; Fehlendes sollte im Kriegsfall durch verstärkte Importe aus den neutralen Nachbarstaaten Dänemark, Holland und der Schweiz ergänzt werden.

Nicht nur aus militärischen sondern auch aus ernährungswirtschaftlichen Gründen musste ein künftiger Krieg unbedingt ein kurzer Krieg sein.

Sich schnell auswirkende Probleme

Es kam alles anders: die benachbarten neutralen Länder fielen als Lieferanten aus, die eigene Landwirtschaft wurde von direkten Kriegsfolgen massiv betroffen. Denn es fehlte bald vor allem die Arbeitskraft von Mensch und Tier. Ausländische Saison- und Wanderarbeiter fielen aus. Obwohl ihre Tätigkeiten in

Zusammenhang mit der Ernährung kriegswichtig waren, wurden Landwirte, Knechte, Landarbeiter im Zuge der Mobilisierung eingezogen. Landarbeiter, die davon zunächst verschont blieben, wanderten in die besser bezahlende Rüstungsindustrie ab. Im Kreis Neustadt a.R. halbierte sich in den Kriegsjahren die Zahl der Personen, die in der Landwirtschaft arbeiteten. Viele Höfe wurden von den Ehefrauen geführt.

Bald fehlten Dünger, moderne Maschinen und vor allem Zugpferde. Vor Kriegsbeginn hatte das Deutsche Reich beträchtliche Mengen (ca. 80.000 im Jahr 1913) Zug- und Reitpferde vor allem aus Belgien und Rußland eingeführt. Im August 1914 wurde von den 1000 Zugpferden im Kreis Neustadt 650 Tiere für das Militär gegen Entschädigung beschlagnahmt. Zwar bot das Remontedepot in Mecklenhorst den Landwirten minderwertige Pferde als Ersatz an, ihre Zahl und Qualität reichten nicht, den Bedarf der Landwirtschaft zu decken.

Die Öffentlichkeit in den Städten ahnte bei Kriegsbeginn von diesen Schwierigkeiten nichts. Die Bevölkerung ging ja von einer kurzen Kriegsdauer aus; warum sollte sie ihren Verbrauch und ihre Ernährungsgewohnheiten aus dem Frieden ändern? Die zunehmende Industrialisierung und Verstädterung hatte seit Gründung des Kaiserreiches den Bedarf an höherwertiger, kalorienreicher Nahrung wachsen lassen. Es wurden zunehmend mehr tierische als pflanzliche Produkte verzehrt. Der Brotverzehr verschob sich von Roggen zu Weizenbrot, Weizenbrot ließ sich besser backen, schmeckte besser, war leichter zu verdauen, wichtig in Anbetracht der zunehmenden sitzenden Tätigkeit der Stadtbevölkerung. Fleisch aß man um das Jahr 1900 doppelt so viel wie 1850. Zweidrittel des Vorkriegsverzehrs an Fleisch bestand aus Schweinefleisch.

Bei diesen Ess-Gewohnheiten blieb die Bevölkerung zunächst. Sie steigerte vielmehr den Verbrauch, indem sie Lebensmittelpakete an die Front zu den Angehörigen schickte. Zusätzlich machte sie das, was in Notzeiten instinktiv immer gemacht wird, sie versuchte Vorräte anzulegen, mit der Folge, dass Waren knapp wurden und entsprechend den Gesetzes des freien Marktes die Preise stiegen. Das akzeptierten die Behörden, solange es in gewissem

Rahmen blieb, weil höhere Preise die Verbraucher disziplinierte, aber exorbitant hohe Preissteigerungen würden die Bevölkerung beunruhigen. Deshalb drohten wenige Tage nach Kriegsbeginn, am 4. Aug., die Militärbehörden in Hannover damit, dass Geschäfte, die Wucherpreise für Lebensmittel nehmen, amtlich geschlossen werden. Am selben Tag trat das Reichsgesetz betreffend Höchstpreise in Kraft, das den lokalen Behörden erlaubte, auf Dauer des Krieges für knappe Güter, besonders für Lebensmittel Höchstpreise entsprechend den örtlichen Gegebenheiten festzusetzen, die die Verbraucher bei ihrem Lebensmittelhändler zu bezahlen hatten. Das waren erste deutliche Zeichen, dass die Behörden unbedingt Störungen der Inneren Front unterbinden wollten.

Es zeigten sich aber sofort auch unerwünschte Folgen der Höchstpreise. Händler wichen in Gegenden aus, in denen noch relativ hohe Preise zu erzielen waren. Städte mit niedrigen Höchstpreisen wurden boykottiert. Großhändler oder Mühlen waren nicht bereit, zu den festgesetzten Futtermittelhöchstpreisen zu liefern oder Erzeuger verkauften nicht zu den amtlichen Preisen, sondern verbrauchten selbst mehr oder lagerten ein. Um das zu verhindern erfolgte zwar eine Anpassung der Höchstpreise nach oben, aber nicht so stark, dass Verbraucher unzumutbar belastet wurden.

Organisation des Mangels

Es erwies sich, dass allein mit der Höchstpreispolitik das Verhalten von Verbrauchern und Erzeugern nicht zu steuern war. Die in der Krisensituation untauglichen marktwirtschaftlichen Elemente wurden deshalb nach und nach durch zentrale Planung und Lenkung, also amtliche Bewirtschaftung einschließlich Zwangsmaßnahmen ersetzt. Dazu bedurfte es übergeordneten durchsetzungsfähigen Stellen. Der Staat schuf nach und nach ein dichtes Netz von speziellen militärischen überwiegend aber von zivilen Spezialstellen und -Ämter zu diesem Zweck: April 1915 Reichsstelle für Kartoffelversorgung, Reichsgetreidestelle Juni 1915, Reichsfleischstelle März 1916 usw. In den einzelnen Landesteilen und Provinzen wachten Unterabteilungen der

betreffenden Ämter und Stellen über die Durchsetzung der getroffenen Anordnungen.

Lokal und regional verantwortlich wurden nahe liegender weise die Organisationen, die bei der Bewältigung öffentlicher Aufgaben Erfahrungen hatten. Das waren in Preußen die sog. Kommunalverbände, also die kreisfreien Städte und Landkreise und deren leitende Organe, die Magistrate und die Landräte. Zu den üblichen Verwaltungsaufgaben kamen nunmehr auch Erfassung, Beschlagnahme und Verteilung der meisten Lebensmittel oder deren Beschaffung von außerhalb, wenn im eigenen Gebiet nichts oder zu wenig produziert wurde.

Abbildung 1 Kein Garant für den Sieg: Die Kartoffelproduktion. Bildpostkarte 1916.

Mit den erfassten Gütern wurden die verschiedenen Bedarfsträger beliefert. Das waren Stadt- und Landkreise z. B. in den Industriegebieten

Westdeutschlands, wo wenige Landwirtschaft betrieben wurde. Im Kreis Neustadt produzierte die Landwirtschaft überwiegend Kartoffeln, Rüben, Roggen, Hafer und in geringerem Umfang Weizen und andere Feldfrüchte. Er gehörte nicht zu den Zuschussgebieten, hatte ebenso wie die anderen Landkreise im Umland der Provinzhauptstadt Hannover nicht nur die eigenen 33.000 Personen starke Bevölkerung sondern auch die 300.000 Hannoveranerinnen und Hannoveraner und die 80.000 Einwohner der Stadt Linden mitzuversorgen.

Eine gewaltige Aufgabe und eine sich ständig verändernde Planungsgrundlage. Es mussten massenhaft Planungsdaten her: Wieviel Fleisch, Fett, Brotgetreide und wie viele Doppelzentner Kartoffeln stehen überhaupt für die Verteilung zur Verfügung? Der Bedarf musste vor jeder Ernte geschätzt werden, ebenso wie die Ernteerträge, eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Zusätzliche Komplikationen entstanden durch die unterschiedlichen Verbrauchergruppen, denen unterschiedliche Lebensmittelmengen zustanden: An erster Stelle der Verbraucher stand unangefochten das Militär. Bis einschl. des ersten Vierteljahres 1917 erhielten Heer und Marine drei Fünftel der gesamten Rinder- und Schweinefleischproduktion und ein Drittel des jährlichen Getreide-aufkommens. Die nächstprivilegierten Gruppen waren:

1.) Rüstungsarbeiter, Schwerstarbeiter, Bergleute,
2.) Schwerstarbeiter außerhalb der Rüstungsindustrie, auch Landarbeiter, Landwirte, die sog. Selbstversorger
3.) Bedürftige Menschen: Kranke, Kinder, Schwangere, Säuglinge, Alte, Jugendliche.
4.) Und zum Schluss der Großteil der Bevölkerung, nämlich die normalversorgungsberechtigte Bevölkerung.

Der Schweinemord

Erster Anlass für staatliche Maßnahmen neben der Höchstpreispolitik boten Anfang 1915 Schwierigkeiten mit der Brot- und der Schweinefleischversorgung.

Ein Schwein benötigte viel Futter: für 1 Zentner Schweinefleisch waren 18 Zentner Kartoffeln oder fünf Zentner Gerste erforderlich. Mit den Kartoffeln waren also mehr Menschen zu ernähren als mit Schweinefleisch. Bald nach Kriegsbeginn zogen die Preise für Schweinefleisch an. Die Züchter, die an den hohen Preisen partizipierten, erhöhten die Produktion. Da bald Futter, also die russische Gerste fehlte, begannen die Schweinezüchter, Brotgetreide und vor allem Kartoffeln zu verfüttern, was als Folge wiederum den Menschen fehlte. Schwein und Mensch wurden sozusagen Futterkonkurrenten. Anfang Dezember 1914 ergab eine reichsweite Bestandsaufnahme an Futtergetreide und Kartoffeln offenbar alarmierend geringe Zahlen. Zunächst wurde ein Verfütterungsverbot für Brotgetreide und Speisekartoffeln Brotgetreide erlassen. Das half offenbar wenig, denn der Bundesrat ordnete im Januar 195 eine Verminderung der Schweinebestände an. Bis Mitte April 1915 wurden reichsweit von den ca. 25 Millionen Schweinen ca. 7 bis 8 Millionen geschlachtet. Allein in der Provinz Hannover reduzierte sich der Schweinebestand um 50 Prozent. Schnell wurde die Aktion als „Schweinemord" bezeichnet. Die Verluste wurden in den Kriegsjahren wegen des fehlenden Futters nicht mehr aufgeholt.

Auch im Kreis Neustadt a. Rbge. verminderte sich die Schweinezahl drastisch. Im Dezember 1912 wurden 44.000 Schweine gezählt, im Sept. 1918 = 20.000 Tiere.

Was war gewonnen? Den Verbrauch an Schweinefleisch zu reduzieren, um Getreide und Kartoffelbestände ohne Umweg über das Schwein direkt dem menschlichen Verzehr zuzuführen, war richtig. Da die Aktion aber im Winter stattfand, erfror ein Teil der frei gewordenen Kartoffeln auf dem Transport in die Städte. Es verdarb aber auch Schweinefleisch, denn um die plötzlich auftretende Menge zu konservieren, fehlten Kühlhäuser und Konservendosen. Es stellte sich im Laufe des Jahres 1915 heraus, dass doch größere Kartoffelvorräte vorhanden sind und der Schweinemord unnötig war.

Das tägliche Brot

Da tierisches Fett und Eiweiß fehlten, wurden Anfang November 1915 reichsweit zwei fleisch- und fettfreie Tage pro Woche eingeführt: Dienstags und freitags durfte kein Fleisch verkauft werden. Später kamen sogar zwei fleischlose Wochen pro Monat hinzu. Spezielle Kochbücher priesen fleischarmes Kochen an. Es zeigte sich aber, dass das Friedens-Ernährungsverhalten der Bevölkerung auf freiwilliger Basis schwer zu verändern ist. Wenn auch einige sparten, taten es viele nicht. Um den Verbrauch zu senken wurde deshalb Fleisch im August 1916 rationiert und nur auf Karte verkauft, Butter auf Karte gab es bereits seit März 1916. Während des Krieges reduzierte sich die durchschnittliche pro Kopf-Ration an Fleisch auf fünf bis 13 kg pro Jahr, der Vorkriegsverbrauch lag bei ca. 50 Fleisch pro Kopf und Jahr.

Die ernährungswirtschaftlichen Maßnahmen des Reiches konzentrierten sich in den ersten Kriegsmonaten auf Brotgetreide und auf Brot als traditionellem Grundnahrungsmittel. Wegen des Ausfalls von Reisimporten und des Importes von Hülsenfrüchten erhöhte sich mit Kriegsbeginn der Bedarf. Mehl musste gestreckt werden. Dazu diente die bei früheren Hungersnöten bewährte Heraufsetzung des Ausmahlgrades. Brot wurde dadurch dunkler, nährstoffreicher, aber weniger gut bekömmlich. Vorschriften ergingen an Bäckereien, Weizenbrot mit Roggenbestandteilen herzustellen und bei Roggenbrot 10 Prozent Kartoffelanteilen zu verwenden, so entstand das sog. K-Brot (Kartoffelbrot oder Kriegsbrot.)

Abbildung 2: Kriegsalltag: Menschen stehen nach Lebensmitteln an wie hier in Wolfenbüttel.

Das K-Brot kam nicht gut an beim Verbraucher. Alte Konsumgewohnheiten, die Vorliebe für weißes Brot und Kuchen hielten sich gerade in den Städten. Landwirte verfütterten dagegen immer wieder verstärkt Brotgetreide, weil die niedrigen Höchstpresse für Getreide kein Verkaufsanreiz für sie waren.

Deshalb übernahm das Reich ab Januar 1915 die gesamte Versorgungsregelung auf dem Getreidesektor. Sämtliche Vorräte bei den Erzeugern und den Mühlen wurde vom Reich beschlagnahmt und den Kommunalverbänden zur kontrollierten Verteilung an die Bäcker und Händler überantwortet, um die eigene Bevölkerung zu versorgen. Was übrig blieb, wurde der Reichsgetreidestelle gemeldet und auswärtigen Bedarfsgemeinden zur Verfügung gestellt. Lediglich die Selbstversorger, also die Landwirte, durften für sich, ihre Familien und Arbeitskräfte und für die Aussaat festgelegte Mengen behalten, die über den Mengen für die übrige Bevölkerung lag. Mit dieser Bevorzugung sollte eine absichtliche Zurückhaltung bei der Ablieferung vermieden werden, denn die Landwirte betrachteten nach wie vor trotz legaler Beschlagnahme ihre Erzeugnisse als ihr Eigentum, mit dem sie eigentlich machen könnten, was sie wollten. Diese Einstellung der Landwirte erwies sich den Krieg über als unerschütterlich. Außerdem war es schlecht zu kontrollieren, ob nicht angesichts des chronischen Futtermangels für die Verfütterung ein bestimmtes Kontingent zurückgehalten wurde. Die Verbraucher in der Stadt kritisierten diese Besserstellung der Erzeuger, die Forderung nach Gleichstellung mit den Normalverbrauchern gehörte zum festen Bestandteil der intensiven Berichterstattung über die Lebensmittelfrage z.B. in der Tageszeitung „Volkswille" der hannoverschen Sozialdemokratie.

Um das Sparverhalten der Bevölkerung anzuspornen, wurde im Februar 1915 die Brotkarte eingeführt, die den Kauf einer bestimmten Menge Brotes für einen definierten Zeitraum festlegte. Auch die künftigen neuen Ernten wurden komplett von der Reichsgetreidestelle (RG) übernommen, Wenn die Mengen durch Meldungen der Kommunalverbände feststanden, setzte diese Behörde den tägl. Pro-Kopf-Konsums und die anzulegenden Getreidereserven fest, und wies den Kommunalverbänden ihre Verteilungsmengen abzüglich des Heeresbedarfs zu.

Die Mehlzuteilung per Karte lag in den Kriegsjahren zwischen 59 bis 91 kg pro Person und Jahr, der Vorkriegsverbrauch hatte über 100 kg pro Person und Jahr gelegen. Die Brotkarte hatte auch den Vorteil, dass die abgelieferten Karten einen Anhaltspunkt für die künftige Bedarfsplanung lieferten. Gezählt wurde nach Gewicht der Marken.

Durch dieses System und aufgrund der Tatsache, dass sich Brotgetreide besser lagern und transportieren ließ als z.B. Kartoffeln, war die Versorgung der Bevölkerung auf schwachem Niveau und mit starken Schwankungen gleichmäßig.

Die Verbraucher

Die Ausgabe von Brot auf Karte begann im Februar 1915 und endete erst im Oktober 1923, als das letzte K-Brot verkauft wurde. Markenfrei blieben Kaninchenfleisch, Wild, Pferdefleisch, bestimmte Geflügelarten, Gemüse, Obst und Fisch. Wer es sich leisten konnte, hatte also Zugang zu diesen Lebensmitteln besonders über die Gaststätten. Die Karte garantierte aber nicht, dass man tatsächlich immer etwas bekam.

Die Rationierung der Grundnahrungsmittel sollte zuallererst das knappe Gut gerecht verteilen helfen. Es galt aber auch als Mittel, den Verkauf in den Geschäften besser zu ordnen, denn es gab Verteilungslisten, in die man sich eintragen konnte um Warteschlangen zu vermeiden. Denn Schlangen wartender Frauen weckten bei den Behörden in den Städten schnell die Befürchtung, dass sie deutlich sichtbaren Zeichen für Versorgungsnöte und „Brutstätten der Verhetzung und der Auflehnung" seien, was die Bevölkerung insgesamt beunruhigen würde. Oft war alles ausverkauft oder gar nicht angeliefert worden, die Frauen zogen enttäuscht nach Hause. Unfreundliche Behandlung durch das Verkaufspersonal kam hinzu. Wer allerdings gute Beziehungen zum Händler hatte oder Stammkunde war, dem wurden Eier,

Butter oder eine Wurst zurückgelegt. Die bevorzugte Behandlung "besserer Herrschaften" war in der Stadt Hannover ein ständiges Reizthema, denn der Magistrat unter Stadtdirektor Tramm tat nichts, um solche Machenschaften einzugrenzen. Selbst die Militärbehörde kritisierte Tramm dafür.

Freitag, den 12. März 1915, abends 8½ Uhr,
im Kuppelsaale der Stadthalle:

Oeffentliche Versammlung.

Vorträge
über
„den Kampf der deutschen Familie
gegen den
englischen Aushungerungsplan"
von
Generalsekretär Erich Jacobelt, Berlin, und Frl. Dr. rer. pol. Käthe Gaebel, Berlin.
Die Teilnahme an dieser aufklärenden Veranstaltung ist nationale Pflicht für jeden.
Einlasskarten à 20 Pf., wofür Garderobe frei, sind in den durch
Anschlag bekanntgemachten Verkaufsstellen zu haben.
Kassenöffnung in der Stadthalle um 7¾ Uhr.
Der Arbeitsausschuss für Aufklärung über Volksernährung im Kriege für die Provinz Hannover.

Anzeige aus: Volkswille v. 12.3.1915

Abbildung 3: In öffentlichen Vorträgen wurde zum sparsamen Umgang mit Lebensmitteln aufgerufen (Anzeige aus dem „Volkswillen", Hannover vom 12. März 1915)

Den staatlichen Maßnahmen zur Erfassung und Verteilung der Lebensmittel folgten zahllose Appelle an die Verbraucher, ihr gewohntes Verzehrverhalten zu ändern. Neue Konservierungsmethoden, neue Zubereitungen sollten zu Einsparungen führen. Sog. offene Brotkörbe in den Restaurants wurden von den Behörden untersagt. Mitte Januar 1915 folgte ein Nachtbackverbot, um den Brötchenkonsum einzuschränken. Lehrgänge wurden abgehalten für optimierte Kriegsernährung. Der „Nationale Frauendienst" mit Hedwig Heyl und Gertrud Bäumer an der Spitze oder in der Stadt Neustadt unter der Leitung von Anna von Woyna, Gattin des Landrates bildete die zivile Speerspitze der Ernährungspropaganda.

„**Ersatz"-Kartoffeln**

Die Kartoffelversorgung als Grundbaustein der Volksverpflegung funktionierte

bis zum Sommer 1916 verhältnismäßig gut. Sogar die Höchstpreise für Kartoffeln entfielen zwischenzeitlich. Doch bereits im Oktober 1916 zeichnete sich die katastrophale Lage ab, die zum berüchtigten Steckrübenwinter 1916/17 führte und die als Sinnbild für die schlechte Lebensmittelversorgung im Ersten Weltkrieg insgesamt gilt. Denn der Spätsommer 1916 war im ganzen Reich nass, Kartoffelfäule setzte ein, die Ernte erwies sich als außerordentlich schlecht. Der Ernteertrag in der Provinz Hannover wurde auf ca. 30 Millionen Zentner geschätzt, statt 54 im Jahr 1915. Der frühe und harte Frost (bis minus 25 Grad) erschwerte den z.T. über große Entfernungen notwendigen Transport in die Städte und in die industriellen Zentren. Ab Oktober 1916 erließ die Reichskartoffelstelle einen Tageshöchstsatz von einem Pfund pro Normalverbraucher. Ab Januar 1917 wurde der Satz für Normalverbraucher auf ein dreiviertel Pfund pro Tag gesenkt. Kartoffeln durften nicht mehr als Zuschlag zum Brot verwendet werden, sogar die Menge der dem Heer abzuliefernden Kartoffeln wurde reduziert. In der Stadt Hannover belief sich im Februar der Anspruch auf ein halbes Pfund, tatsächlich erhielten die Menschen oftmals nichts. So berichtete im Februar der Regierungspräsident Hannover, dass in Hannover über 150.000 Menschen seit Wochen keine Kartoffeln mehr verzehrt hätten.

Woher sollte Ersatz kommen? Beim Militär wurde Getreide abgezogen, so dass die Brotrationen erhöht werden konnten. Als Hauptersatz für die Kartoffel kam die Kohlrübe oder Steckrübe (die preußische Ananas) auf den Tisch. Sie hatte zwar einen höheren Wassergehalt als die Kartoffel, aber auch etwas mehr Fett. Die Rübe wurde auch anstelle der Kartoffel zur Brotstreckung benutzt. Bislang dienten die Steckrüben größtenteils nicht dem menschlichen Verzehr, sondern der Viehfütterung. Dort fehlten jetzt die Rüben, was sich negativ auf die Fleischproduktion und besonders auf die Milchproduktion auswirkte.

Steckrüben wurde für alle möglichen Mahlzeiten verwendet. Selbst die sog. Kriegsmarmelade bestand aus 10 % Rüben, 60 % Wasser und 30 % Zucker. Es kamen bald Gerüchte auf, dass der Verzehr von Steckrüben als Ernährungsschwerpunkt zu Wassergeschwulsten (Ödemen) im menschlichen Körper führen würde. Das konnte zwar nicht nachgewiesen werden, doch selbst Ernährungswissenschaftler warnten davor, Steckrüben über einen

längeren Zeitraum als wesentlichen Bestandteil der Nahrung zu verwenden.

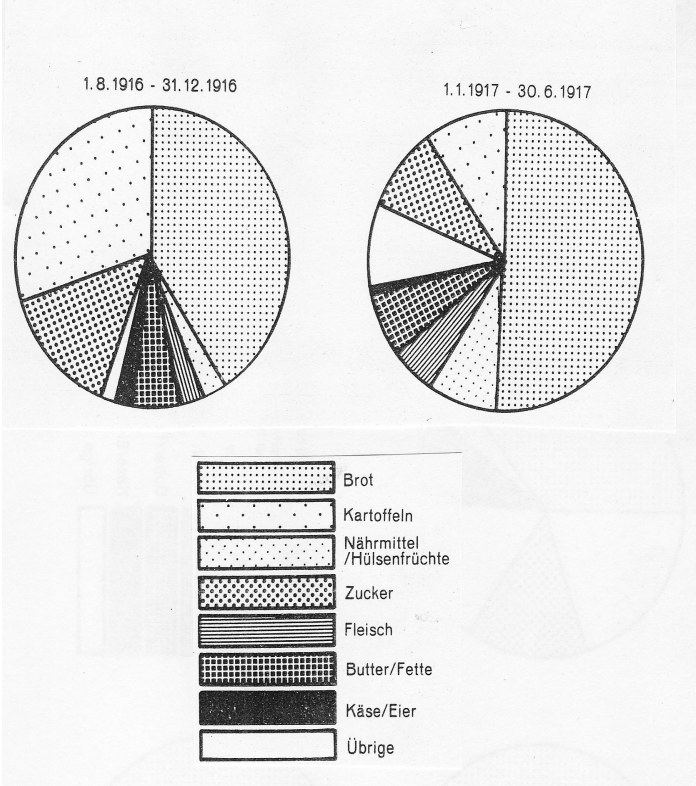

Abbildung 4: Diagramm / Veränderung der Zusammensetzung der Ernährung 1916 zu 1917

Die dem Normalverbraucher über die Lebensmittelkarten theoretisch zur Verfügung stehende Energiemenge sollte nach dem Ernährungsplan des Kriegsernährungsamtes aus dem Sommer 1916 im Winter 1916 ca. 2000 Kalorien betragen. Bereits im Herbst sank die tatsächlich ausgegebene Tagesration auf 1300 Kalorien, und auf dem Höhepunkt des Steckrübenwinters im Januar 1917 auf wahrscheinlich 1100 Kalorien. Hunger wurde nun das Problem der großstädtischen Bevölkerung. Das hatte zahlreiche Folgen.

Es gelangten zunehmend Ersatzlebensmittel fragwürdigen Inhalts zum Verkauf, Tierblut wurde dem Brotteig beigemischt, Fleischersatz bestand aus Mais, Weizen, Gerste, Erbsen, Kartoffelwalzmehl, Nüssen und einem Zusatz von Gewürzen. Brotaufstriche mit Bezeichnungen wie „Durchhalten" oder „Burgfrieden" bestanden aus Kartoffelmehl mit Magerquark, Stärkekleister, Talg. Mit einer Leberwurst konnte folgendes passieren: In der Pfanne löste sich die Wurst in Haut und mit Fett vermischtes Wasser auf. Der Hersteller einer

solchen Wurst wurde vor Gericht gestellt, das einen unerlaubt hohen Wassergehalt von über 77 Prozent, einen Fettgehalt von 10 Prozent und ein Eiweißgehalt von ebenfalls 10 Prozent feststellte und den Hersteller zu 150 Mark Strafe verurteilte. Lebensmittelfälschungen waren häufig: Rotwurst enthielt Lungengewebe anstelle von Muskelfleisch und nahm durch Beimengung von Gelatine eine kautschukartige Beschaffenheit an, wie die Presse bemängelte. Die häufige Beimengung von Gips und Sägespäne in Lebensmittel stand selbstverständlich unter Strafe.

Proteste der Bevölkerung

Die Empörung der städtischen Bevölkerung mit der als ungerecht empfundenen Lebensmittelversorgung nahm stetig zu. Nicht nur untätigen Stadtverwaltungen wie in Hannover sondern auch der Eigensucht der Landwirte wurde die Schuld gegeben. Der Publizist Hellmut von Gerlach, in den Kriegsjahren Chefredakteur der Berliner Wochenzeitung „Die Welt am Montag" bezeichnete in seinen Erinnerungen die „gesamte" Landwirtschaft „als einzige Verschwörung zur Geheimhaltung von Vieh und Vorräten und zur Hochhaltung der Preise."

Als sich die schwierige Kartoffelernte 1916 bereits abzeichnete, starteten die Behörden Kampagnen, um sowohl Städter als auch Landwirte über die jeweiligen Probleme aufzuklären. So appellierte die Landwirtschaftskammer Hannover am 18. Okt. zur Ernte Herbst 1916: Hannoversche Landwirte, das Volk braucht sofort Brot und Kartoffeln, besonders in den Städten, in denen die Bevölkerung für die Munitionserzeugung arbeitet. Die Munitionserzeugung darf nicht stocken, davon hängen Sieg und Freiheit unserer Kinder und des Vaterlandes ab. Dieser Ruf muß im Herzen jedes hannoverschen Landwirtes Widerhall finden. Jeder Eigennutz muß verstimmen. Durch die Tat müssen wir beweisen, dass der Vorwurf, die Landwirte täten nicht ihre Pflicht, unbegründet ist."

Der Erfolg blieb offenbar aus, vielmehr verstärkten sich die Angriffe auf die Landwirtschaft. Der Regierungspräsident von Hannover berichtete seinen Vorgesetzten im Januar 1917, wie die Landwirte die ständige Kritik aufnehmen würden: „Die Verstimmung zwischen Stadt und Land ist um so nachhaltiger, als auch in ländlichen Kreisen vielfach Missstimmung und Verärgerung geherrscht haben und noch herrschen. Die Landwirte können sich nicht darin finden, dass sie mit ihrem Grund und Boden und seinen Erzeugnissen nicht nach eigenem Ermessen verfahren können. Sie wollen die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit vieler Maßnahmen nicht anerkennen und beklagen sich, dass die getroffenen Maßnahmen unklar und überstürzt erscheinen. Großer Unwille herrscht bei den Landwirten auch über den einseitigen Standpunkt der städtischen Konsumenten, der die Betriebsschwierigkeiten der Landwirtschaft nicht genügend würdige."

Im Steckrübenwinter war die Stimmung bei Erzeugern und mehr noch bei den städtischen Verbrauchern auf dem Tiefpunkt. Neben den fehlenden Kartoffeln machte sich der allgemeine Mangel an Lebensmitteln immer deutlicher bemerkbar. Im Frieden hatte die Bevölkerung der Stadt Hannover pro Tag 120.00 Liter Milch zur Verfügung, Ende September 1916 waren es lediglich 40.000 Liter. Im September 1916 berichtete der hannoversche Stadtdirektor Tramm von zunehmenden Schwierigkeiten bei der Versorgung; es gebe überhaupt keine Milch mehr, Käse nur noch alle 14 Tage lediglich 12 Gramm, pro Woche ein Ei. Bei Brot oder Kartoffeln konnten wenigstens die ständig kleiner gewordenen Rationen ausgegeben werden. Die Stimmung der Bevölkerung würde gereizter. In der Markthalle Hannover ersetzten bereits Steckrüben die fehlenden Kartoffeln, die aber ohne Fett nicht zubereitet werden konnten. Am 30. Januar 1917 verlangten in der hannoverschen Innenstadt hunderte Frauen in Begleitung ihrer Kinder von der Stadtverwaltung zusätzliche Brotmarken statt der fehlenden Kartoffeln. Als sie mit dieser Bitte angewiesen wurden, warfen sie Schaufenster ein und stürmten Lebensmittelgeschäfte. Entwendet wurden lt. Anzeige bei der Polizei in einem Laden u.a. 20 Apfelsinen, 12 Gänsebrust, zwei Schalen mit Heringssalat. Durchaus hochwertige Lebensmittel und Apfelsinen im Winter!! Ein offenbar auf Delikatessen spezialisiertes Geschäft meldete als gestohlen u.a. mehrere Flaschen Wiskey Highland Club, Hennessy Cognac, außerdem 6 Räucheraale

und 12 Gänse zu 11 Pfund das Stück. Also auch hier hochwertige Lebensmittel, während des an Grundnahrungsmitteln mangelte. Wenn die Ladenbesitzer nicht übertrieben haben, muss man feststellen: Mitten im Steckrübenwinter gab es Luxusgüter zu kaufen – aber eben nur für den wohlhabenden Stammkunden.

Doch nicht allein den Feinkostgeschäften in der hannoverschen Innenstadt sondern den Bäckergeschäften galt der Ärger der Frauen. 95 Bäckereigeschäfte wurden geplündert. Es kam aber auch vor, dass Brot gegen Bargeld gekauft wurde - allerdings ohne Brotmarken. Von den Ereignissen in Hannover soll sogar eine Pariser Tageszeitung berichtet haben.

Schleichhandel und Hamstern

Vor dem Krieg 1913 verbrauchte ein Deutscher im Durchschnitt tägl. ca. 3400 Kalorien. Das offizielle Existenzminimum lag bei 2200 Kalorien. Im Steckrübenwinter, im März 1917 sank der Wert für Normalverbraucher in Zuschussgebieten der Wert auf 1100 Kalorien täglich an rationierter Kost, also auf das was man auf Lebensmittelkarte tatsächlich bekam. In landwirtschaftlichen Überschußgebieten wie im Landkreis Neustadt a.R. dagegen spürbar besser: 1600 Kalorien. Die Nahrung bestand zu 90 Prozent aus Brot, Zucker und Kartoffeln nur zu 10 Prozent aus Fleisch u. Butter. Die Nahrung war extrem kohlenhydratlastig, tierische Nahrungsmittel fielen fast komplett aus.

Auf das ganze Jahr 1917 umgerechnet belief sich die tatsächliche Kalorienmenge durchschnittlich auf 1300 Kalorien, Ihnen standen aber entsprechend Lebensmittelkarte 2400 zu. Die rationierten Lebensmittel lieferten also 46 Prozent weniger Energie als den Normalverbraucher zustand.

Angesichts der Kargheit der offiziellen Rationen blieb nicht anderes übrig als Zusatzbeschaffung. Das geschah auf kriminellem Wege z.B. über Einbrüche in

Molkereien und Geschäfte, durch sog. nächtliche Felddiebstähle, Vieh wurde nachts auf den Weiden geschlachtet. Lebensmittelkarten wurden massenhaft gefälscht und zwar so gut, dass die Fälschungen in die offiziellen Kartenzählungen einflossen, die Grundlage für die Planungen waren und die Planungen folglich durcheinander brachten. Lebensmittelfälschungen habe ich bereits erwähnt. Im Grenzgebiet nach Holland wurde selbstredend geschmuggelt – das war allerdings in Friedenszeiten nicht anders. Selbst Grenzbeamte beteiligten sich an den Schmuggeleien, um ihre Angehörigen besser zu versorgen.

Feld-
diebstahl!

Es sind mir von gemähter Wintergerste 14 Stiegen Aehren abgeschnitten und gestohlen worden.

50 Mk. Belohnung

sichere ich demjenigen zu, der mir nähere Angaben machen kann, die zur Ermittelung resp. Bestrafung des Täters führen.

August Rischbieth
Neustadt a. Rbge.

Abbildung 5: Felddiebstähle wurden ein Massenphänomen. Anzeige aus einer Tageszeitung im Sommer 1918

Zur zusätzlichen Lebensmittelbeschaffung auf legalem Weg verhalf Städtern eigenes Gartenland, denn Gemüse und Kaninchenfleisch unterlagen nicht den Kontrollen und Erfassungen staatlicher und kommunaler Stellen.

Spätestens seit Ende 1916 mit dem einsetzenden Steckrübenwinter entwickelten sich für immer mehr Menschen die Teilnahme am sog. Schleichhandel und das Hamstern als Notwendigkeit, um halbwegs satt zu werden. Unter Schleichhandel verstand man den Handel und Kauf rationierter Waren unter Umgehung kriegswirtschaftlicher Bestimmungen, die Höchstpreise wurden umgangen und zu Wucherpreisen verkauft bzw. vom Konsumenten gekauft. Das bedeutet, dass wegen der sehr hohen Preise vorwiegend Vermögende in den Genuss der Vorteile des Schleichhandels kamen. Im Schleichhandel lag z.B. der Preis für einen Zentner Roggen um 380 Prozent über dem amtlichen Höchstpreis, für Eier um 30 Prozent und für Butter um 90 Prozent. Gerade Unternehmen der Rüstungsindustrie beteiligten sich am Schleichhandel, um Ihre Belegschaften durch Sonderzulagen bei Kräften zu halten oder zu verhindern, dass Arbeitskräfte zu Betrieben wechselten, die bessere Versorgung boten.

Die weniger vermögenden Menschen mussten hamstern, sich also Lebensmittel außerhalb der amtlichen Wege unter bewusster Missachtung der amtlichen Autorität beschaffen. Hungernde Städter zogen dahin, wo produziert wurde, also auf das Land, um einige Pfund Butter oder Kartoffeln bei den Erzeugern zu erwerben. Sichtbarstes Zeichen dürfte die Anwesenheit von zahllosen rucksackbewehrten Frauen und Schulkindern auf den Bahnhöfen gewesen sein. Eine hamsternde Frau berichtet über den Ablauf: Wir fuhren mit der Bahn aufs Land und gingen von Bauer zu Bauer; die gaben jedem 5-6 Kartoffeln, etwas Roggen, Weizen, ein Ei, so wie sie gerade konnten, es waren ja so viele, die etwas haben wollten, manche mussten den ganzen Tag laufen, ehe sie etwas zusammen hatten. Und abends sind sie hundemüde ein bis zwei Stunden zum Bahnhof gelaufen. Und die Bauern gaben sicher auch nach Kräften, man wollte nicht unpatriotischen Verhaltens bezichtigt werden.

Zu einem generellen Hamsterverbot kam es nicht, das war nicht durchzusetzen, vor allem aber nicht, weil die wenigen Möglichkeiten der Bevölkerung sich zu den kargen offiziellen Rationen aus eigener Initiative zusätzlich zu versorgen, nicht behördlicherseits beseitigt werden sollte, Sonst wäre die Arbeitskraft noch mehr geschwächt und die weit verbreitete Mutlosigkeit die Unzufriedenheit verstärkt worden. Selbst das

Reichgesundheitsamt warnte 1917 davor, Hamstern zu verbieten, weil sonst Erkrankungen wie Rachitis, Hungerödeme und Tuberkulose zunehmen würden.

Hauptquelle für Schleichhandel und Hamsterei war die Landwirtschaft. Bei schlechten Preisen schränkten die Landwirte ihre Produktion ein oder verfütterten ihre Produkte. Landwirte hatten als Produzenten den Status von Selbstversorger. Rationen für Selbstversorger waren grundsätzlich höher als Normalverbraucher. Sämtliche für den Eigenbedarf notwendigen Lebensmittel durften von ihnen sofort einbehalten werden. Weil die Produktionsfreudigkeit der ländl. Produzenten erhalten bleiben musste, waren lange Zeit allzu strengen Kontrollen der für sich zurückbehaltenen Mengen enge Grenzen gesetzt. Die Versuchung für die Selbstversorger war deshalb groß, mehr an Produkten zurückzuhalten, als erlaubt war und die konnten über den Schleichhandel oder direkt an städtische Abnehmer verkauft werden. Erst im Steckrübenwinter fanden schärfere Revisionen durch Gendarmerie und auch von Militäreinheiten bei Selbstversorgern statt. Der Landwirt Stille aus Dedensen konnte mit Eigenbedarf schlecht argumentieren, als beim ihm 2 Hinterschinken, 2 Vorderschinken, 2 Speckseiten, 18 Mettwürste , 44 Fleischwürste, 6 Sülzen und Pökelfleisch beschlagnahmt wurden. Milch wurde nur zum Teil an die Molkereien geliefert, selbst geheim zu buttern war lukrativer. Um das zu unterbinden, wurden Butterfässer beschlagnahmt oder plombiert und durften dann nur in Gegenwart einer Amtsperson benutzt werden. Eine häufige Strafe war der Entzug des Status „Selbstversorger".

Der Schleichhandel ließ sich angesichts der fehlenden Lebensmittel nicht wirkungsvoll bekämpften. Polizeiliche Kontrollen der Zufahrtwege in die Städte hinein oder Kontrollen der Bahnhöfe konnten nicht lückenlos sein, auch andere Wege wie Postpakete oder Eisenbahnfrachtgut ließen sich schwer kontrollieren - Bahnfrachtbriefe sind erst 1918 strenger überprüft worden- , ohne die Bevölkerung zu verärgern. Und darin lag der Knackpunkt: Eine dichtere Überwachung mit harten Strafen für Ertappte wäre möglich gewesen; das wollte man aber nicht, denn die Stimmung im Innern war bereits erheblich gedrückt.

Ein bedeutender Kunde des Schleichhandels waren die privaten Gasthäuser und Restaurants. Sie stellten über den Schleichhandel angekaufte höherwertige Fleisch-Nahrungsmittel ihrer oft langjährigen Stammgästen gegen hohe Preise zur Verfügung. Obgleich seit Aug. 1916 die Reichsfleischkarte auch für Gaststätten galt, wurde die Nutzung oft umgangen oder Gäste erhielten gegen Geld mehr Fleisch, als Ihnen nach Karte zustand. Gasthäuser und Restaurants wurden somit zum Inbegriff von Ungleichheit bei der Ernährung und verstärkten die Verbitterung der Bevölkerung. Der gewerbsmässige Schleichhandel wurde erst im Frühjahr 1918 mit Gefängnisstrafe belegt.

Zusammenfassung

Der Kaiser hatte bei Kriegsbeginn verkündet, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur Deutsche. Mit anderen Worten: in der Not sei man zu einem Ganzem verschmolzen ohne Unterschied zwischen arm und reich, zwischen Katholiken oder Protestanten, Arbeitern und Kapitalisten, ohne landsmannschaftliche Aversionen wie zw. Bayern und Preußen. Die Behauptung des Monarchen konnte aber nur glaubhaft sein, wenn die propagierte Gleichheit im Kriegsalltag zu hause von den Menschen auch als tatsächliche Gleichheit empfunden wurde. Die starken sozialen Unterschiede im Kaiserreich mussten also soweit nivelliert werden, dass die Einheit der Nation nicht gestört wird.

Das gelang bei der Lebensmittelversorgung nicht. Vielmehr war der Kriegsalltag auch im Raum Hannover in hohem Maße von der schwierigen Beschaffung und der gerechten Verteilung der Nahrungsmittel geprägt, dem innenpolitischen Problem Nummer eins in den Kriegsjahren. Wenn eine Bevölkerungsgruppe im Laufe des Krieges nicht an Ansehen gewinnen konnte wie Rüstungsarbeiter oder Frauen, dann waren es die Landwirte. Sie sahen sich heftiger Kritik ausgesetzt, „eigensüchtig" zu sein. Diese wiederum empfanden sich von der Kriegsbürokratie gegängelt und gegenüber der Stadt zurückgesetzt. Die Landwirte zweigten deshalb immer mehr ihrer Produkte für den lukrativen Schleichhandel ab, der Staat verschärfte im Gegenzug seine

Zwangsmaßnahmen. Neben der amtlich dominierten Versorgung entstand immer stärker durch den Schleichhandel eine Parallel-Versorgungswelt, in der wie im Frieden die Gesetze des Marktes regierten. Über den Schleichhandel sollen in der zweiten Kriegshälfte ca. 40 Prozent aller verfügbaren Lebensmittel bewegt worden sein: ein deutliches Zeichen für Prestigeverlust des Staates.

Wer als Erzeuger oder wohlhabender Städter nicht direkten Zugang zu Lebensmitteln hatte, lebte in den Jahren 1917 und 1918 im Zustand dauernder Unterernährung: Der durchschnittliche Gewichtsverlust bei Erwachsenen betrug bis 1917 ca. 10 Prozent, bis Kriegsende verdoppelte sich der Wert. Infektionserkrankungen nahmen zu, auch bedingt durch schlechte Seife, fehlende Handtücher in guter Qualität. Besonders in den Städten nahm Vitaminmangelerscheinungen und vor allem Tuberkuloseerkrankungen zu. In der Stadt Linden starben 1914 27 Menschen an Tuberkulose, im Jahre 1918 waren es 82 Menschen, was einer Steigerung von über 300 Prozent entspricht. Es kam zu Wachstumsstörungen bei Kindern. Die Grippewelle, die von Juli bis Oktober 1918 durch Europa lief, traf auf wenig Widerstand der geschwächten Menschen - über 180.000 Menschen starben im Deutschen Reich.

Mit dem Waffenstillstand am 11. November 1918 im Wald von Compiegne die schwierige Lage der Menschen noch lange nicht beendet.